

Hinweise zur Erhebung von Daten im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Forderungen der Gemeinde Obertaufkirchen gemäß Art. 13 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Diese Datenschutzhinweise erfolgen im Zusammenhang mit der Erhebung personenbezogener Daten im Rahmen der Zwangsvollstreckung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Forderungen der Gemeinde Obertaufkirchen.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist die
Gemeinde Obertaufkirchen, Am Sportplatz 5, 84419 Obertaufkirchen;
E-Mailadresse: gemeinde@obertaufkirchen.de, Telefon: 08082/9303-0

3. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten

Die externe Datenschutzkoordinatorin der Gemeinde Obertaufkirchen erreichen Sie unter:

Secure Consult GmbH
Keplerstraße 5, 86529 Schrobenhausen
E-Mail-Adresse: dsb.obertaufkirchen@secure-consult.com
Telefonnummer: 082529094110

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben: Eintreibung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Forderungen.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer Daten sind Art. 6 Abs. 1 DSGVO i.V.m. Art. 4 BayDSG und VwZVG, ZPO, AO, Sozialgesetzbuch, Insolvenzordnung, Zwangsversteigerungsgesetz, Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtforderungen.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter. Extern erhalten Ihre Daten Gerichtsvollzieher, Amtsgerichte, Vollstreckungsgericht, Banken, Arbeitgeber, Rentenversicherungsträger, Insolvenzgerichte

6. Dauer der Speicherung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der Gemeinde Obertaufkirchen so lange gespeichert, wie dies unter Einhaltung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die jeweiligen Aufgabenerfüllungen erforderlich ist. Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht: 6 bzw. 10 Jahre gemäß § 37 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 i.V.m. § 82 Abs. 2 Sätze 2-4 KommHV-Kameralistik.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:
Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die o.g. öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Daten-schutz.

8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus: Art. 6 DSGVO, Art. 4 BayDSG-E i.V.m. Kommunalhaushaltsverordnung-Kameralistik, Insolvenzordnung

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Aufsichtsbehörde gegenüber öffentlichen Stellen ist der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Postfach 22 12 19, 80502 München (Postanschrift)
Wagmüllerstraße 18, 80538 München (Hausanschrift)

Telefon: 089/212672-0

Fax: 089/212672-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Internet: www.datenschutz-bayern.de

